



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie
leben!



Landes-
Demokratiezentren

Inhalt

1	<i>Wie stärken wir unsere Demokratie und füllen sie mit Leben?</i>	2
2	<i>Welche Beratungsangebote gibt es?</i>	8
3	<i>Was passiert während einer Landesdemokratiekonferenz?</i>	24
4	<i>Wie funktioniert die Vernetzungsarbeit der Landes-Demokratiezentren?</i>	30
5	<i>Übersicht Landes-Demokratiezentren</i>	38
6	<i>Impressum</i>	48

*Wie stärken wir unsere
Demokratie und füllen sie
mit Leben?*



I HAVE A DREAM
Martin Luther King

Deutschland ist ein weltoffenes Land, das einer vielfältigen Gesellschaft allen Gestaltungsspielraum bietet. Für ein friedliches Miteinander sind jedoch Akzeptanz und gegenseitiger Respekt elementar und daher gesetzlich verankert. Die Anschläge von Halle und Hanau sowie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke haben erst kürzlich auf

furchtbare Weise gezeigt, wie Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt unsere freiheitliche Demokratie und das friedliche Zusammenleben bedrohen können. Solchen und anderen menschenfeindlichen Entwicklungen will das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ aktiv entgegenwirken. Ziel ist es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu verbessern.

Demokratie ist das, was wir daraus machen.

Um eine Demokratie zu sichern und zu stärken, müssen wir sie gestalten: im ständigen Dialog, mit innovativen Ideen und präventiven Maßnahmen. Vieles davon findet hierzulande bereits statt. Tagtäglich engagieren sich Menschen für den sozialen Frieden und gegen Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Hass und füllen so unsere demokratischen Werte immer wieder neu mit Leben. Um diese Menschen zu unterstützen, gibt es das Programm „Demokratie leben!“. So fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren,

Frauen und Jugend zivilgesellschaftliches Engagement für ein friedliches und achtungsvolles Miteinander. Das im Jahr 2015 gegründete Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat sich in der Praxis bewährt und ist im Januar 2020 in die zweite Förderperiode gegangen. Das Programm ermöglicht deutschlandweit Projekte, in denen innovative Strategien und neue Ideen in den Bereichen Demokratieförderung, Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung entwickelt, erprobt und eingesetzt werden.

Was sind die konkreten Ziele?

Demokratie fördern:

Das Programm stärkt das Bewusstsein für demokratische Rechte und fördert die demokratische Bildung und den Zusammenhalt. In den unterstützten Projekten geht es um Gleichwertigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte sowie gesellschaftliche Teilhabe an politischen Prozessen. Gerade Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden so befähigt, ihre Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte besser wahrzunehmen.

Vielfalt gestalten:

„Demokratie leben!“ möchte allen Menschen ein diskriminierungsfreies Leben ermöglichen und unterstützt daher Projekte, in denen die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt gefördert werden. Ziel ist es, dass unsere Gesellschaft Vielfalt als Chance begreift und die damit verbundenen Widersprüche und Konflikte konstruktiv bearbeitet.

Extremismus vorbeugen:

Das Programm will die Entstehung demokratie- und menschenfeindlicher Haltungen sowie extremistischer Einstellungen verhindern und Radikalisierungsprozesse frühzeitig unterbrechen. Das umfasst neben rechtem auch islamistischen und linken Extremismus.

So setzt sich das Bundesprogramm zusammen:



Was sind Landes-Demokratiezentren?

Jedes Bundesland hat ein eigenes Landes-Demokratiezentrum, das von „Demokratie leben!“ gefördert wird und sich der Umsetzung der Ziele des Programms widmet. Entstanden in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesregierungen, haben sich die Landes-Demokratiezentren mittlerweile als zentrale Koordinierungsstellen für Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention etabliert: Sie sorgen für den nötigen Praxis- und Erfahrungstransfer auf der Landesebene. Dafür vernetzen sie alle relevanten Akteurinnen und Akteure und bündeln und steuern sämtliche Maßnahmen von „Demokratie leben!“. Mitunter werden auch einzelne Maßnahmen von Landesprogrammen gesteuert. Zudem vermitteln die Landes-Demokratiezentren diverse Qualifizierungsangebote für Mitwirkende aus den Partnerschaften und organisieren regelmäßige Vernetzungstreffen. So treiben sie die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte und Maßnahmen zur Förderung von Demokratie und Vielfalt auf regionaler und lokaler Ebene voran.

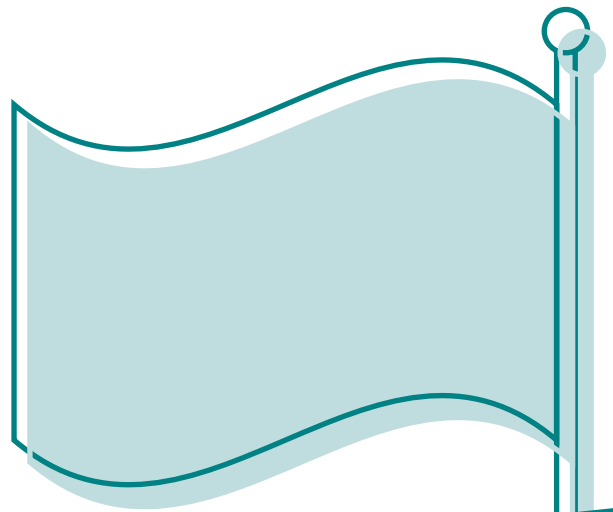
Neben ihrer Funktion als zentralem Ansprechpartner für alle Programm-beteiligten sind die Landes-Demokratiezentren wichtige Koordinierungs- und Vernetzungsstellen zur Prävention und Intervention. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Bereitstellung und Organisation von Beratungsleistungen: von der Opfer- und Betroffenenberatung über die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung bis hin zur Mobilen Beratung.

Wie geht man mit menschen- und demokratiefeindlichen Phänomenen um? Welche Unterstützung gibt es für Opfer von krisenhaften Vorfällen? Wie hilft man Jugendlichen, sich aus dem Einfluss einer extremistischen Gruppierung zu lösen? Indem man sie professionell berät, begleitet und stärkt. Die dafür nötigen Beratungsangebote koordinieren die Landes-Demokratiezentren. Sie fungieren zudem als Kontaktstelle für Ratsuchende und vermitteln diese dann an die jeweiligen Angebote vor Ort weiter.

Des Weiteren koordinieren die 16 Landes-Demokratiezentren die Partnerschaften für Demokratie, das sind Bündnisse auf lokaler Ebene, um gemeinschaftlich und gezielt für Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus einzutreten.

Bei der umfangreichen und anspruchsvollen Arbeit mit vielen Akteurinnen und Akteuren ist es wichtig, dass man sich regelmäßig über aktuelle Chancen und Herausforderungen austauscht. Um das Netzwerk zu stärken, veranstalten die Landes-Demokratiezentren einmal jährlich Landesdemokratiekonferenzen.

Ziel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und der Landes-Demokratiezentren ist es, die engagierte Zivilgesellschaft aktiv zu stärken und unsere demokratischen Werte zu sichern. Die Arbeit der Landes-Demokratiezentren orientiert sich dabei stets an den konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen und spezifischen Problemlagen des jeweiligen Bundeslandes und gestaltet dementsprechend auch dessen Beratungs- und Präventionsangebote ganz unterschiedlich.



2 Welche Beratungsangebote gibt es?



*Kinder äußern im Unterricht rechtsextreme Parolen, eine Trans*person wird im Sportverein ausgegrenzt oder die Gartennachbarinnen und -nachbarn verbreiten Vorurteile über Geflüchtete: Überall können Demokratiefeindlichkeit, Diskriminierung, extremistische und gewalttätige Übergriffe auftreten. Wie geht man damit um? Was kann man dagegen tun? Hilfe bieten hier die Beratungsangebote der Landes-Demokratiezentren. Dazu gehören die **Mobile Beratung**, die **Opfer- und Betroffenenberatung** sowie die **Distanzierungs- und Ausstiegsberatung**. Die Landes-Demokratiezentren organisieren und koordinieren diese Angebote und leisten so wertvolle Präventionsarbeit gegen Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.*

Wem wird bei der Opfer- und Betroffenenberatung geholfen?

Wer von rechtsextremen, antisemitischen, diskriminierenden, rassistisch motivierten oder gewalttätigen Übergriffen betroffen ist, kann sich an die Angebote der Opfer- und Betroffenenberatung wenden. Im Rahmen von „Demokratie leben!“ gibt es in jedem Bundesland mindestens eine spezialisierte Beratungsstelle, die vom jeweiligen Landes-Demokratiezentrum koordiniert wird. Die Betroffenen können hier in einem geschützten Raum über das

Erlebte sprechen, werden zu juristischen Fragen beraten, bei Polizei- und Behördengängen begleitet und auch bei der materiellen Bewältigung der Taten unterstützt. Fachlichen Beistand erhalten in krisenhaften Situationen aber nicht nur die direkt Betroffenen, sondern auch Angehörige, Bekannte oder Zeuginnen und Zeugen.

Hamburger Projekt empower gegen Gewalt und für Solidarität

Obwohl Hamburg oft als multikulturelle Stadt und Tor zur Welt bezeichnet wird, kommt es auch hier immer wieder zu Problemen mit Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus. Um diese zu bekämpfen und aktiv vorzubeugen, braucht es Vereine und Projekte, die sich für Betroffenenenschutz und die Stärkung von Demokratie und Respekt einsetzen: zum Beispiel die Beratungsstelle **empower**.

„Die Zahl rassistischer, rechter und antisemitischer Vorfälle ist in den letzten Jahren auch in Hamburg deutlich gestiegen. Auf Bundes- wie Landesebene ist es daher ein wichtiges und notwendiges Signal, dass für Hamburg eine Betroffenenberatung implementiert wurde!“, betont Nissar Gardi, die Leiterin von empower.

Seit 2015 gibt es die Betroffenenberatung **empower**. Sie ist eine von 50 Mitgliedern des Hamburger Beratungsnetzwerks. Hier begleiten und unterstützen Nissar Gardi und ihre Kolleginnen und Kollegen Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – die körperlich oder verbal, direkt oder indirekt ausgeübt wurde. Denn Gewalt hat viele Gesichter, ist mitunter gar nicht sichtbar und kann doch gravierende Folgen haben. Da gebe es zum Beispiel das Schwarze Kind, das mit seiner Mutter auf dem Weg zur Kita vom Fahrrad getreten und rassistisch beleidigt worden sei. Da sei aber auch der jüdische Angestellte, den die ständigen antisemitischen Diskussionen seiner Kolleginnen und Kollegen in der Teeküche gesundheitlich

Beratung

belasteten – oder ein Journalist, der mehrfach massiv bedroht werde, und da sind Angriffe auf Einrichtungen von Rom*nja und Roma. Nicht zuletzt werden muslimische Hamburgerinnen und Hamburger unterstützt, die aufgrund der Anschläge in Hanau verunsichert seien und sich um das Wohl ihrer Familie sorgten, berichtet Nissar Gardi.

„Wir bieten betroffenen Menschen Unterstützung, einen Ort der Verarbeitung und des Verstehens: Wie gehe ich mit den Angriffen um? Was können die nächsten Schritte für mich sein? Welche Rechte habe ich? Wo brauche ich Unterstützung? Erzähle ich meinen Kindern von dem Übergriff?“



Session vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Hamburg und der Betroffenenberatung **empower** (Hamburger Ratschlag Stadtteilkultur 2019)

Ob in der Bahn oder in der Schule, am Arbeitsplatz oder bei der Vernissage, im Internet oder auf dem Spielplatz: Rassistische und antisemitische Vorfälle finden überall, in sämtlichen Bereichen des Lebens und in jeder Gesellschaftsschicht statt. Viele Menschen werden durch diese Vorfälle komplett aus der Bahn geworfen.

„Die Betroffenen reagieren verletzt, verängstigt, verunsichert oder wütend. Oft fühlen sie sich ohnmächtig und werden ungleich behandelt.“

empower berät direkt Betroffene und auch indirekt Betroffene wie Zeuginnen und Zeugen, Angehörige oder Bekannte. Dazu zählen Einzelpersonen ebenso wie Gruppen, Kinder wie ältere Menschen und Menschen aller Geschlechtsidentitäten.

„Im Zentrum unserer Arbeit steht immer die Perspektive der Betroffenen. Unsere Beratung ist vertraulich, kostenlos, auf Wunsch anonym und mehrsprachig. Wir klären Betroffene über ihre Rechte und Pflichten auf und unterstützen sie, diese schrittweise durchzusetzen.“

Unterstützung erhält man bei **empower** auch, wenn die ausgeübte Gewalt unterhalb des Strafmaßes liegt oder polizeilich nicht verfolgt werden kann. Denn gerade die alltäglichen Mikroaggressionen können in ihrer Summe einen Menschen sehr belasten und sind auch eine Form von Gewalt.

„Die Menschen verstehen immer mehr, dass Gewalt nicht nur aus körperlichen Übergriffen besteht, sondern auch alltägliche Vorfälle in verschiedenen Formen dazu zählen.“

Beratung

Neben der reinen Beratung leistet **empower** auch Bildungsarbeit und veranstaltet Seminare und Vorträge, um zu sensibilisieren, zu stärken oder zu intervenieren. Ein weiterer Arbeitsbereich ist das Monitoring: Hier werden alle antisemitisch, rassistisch oder rechts motivierten Gewalttaten in Hamburg statistisch erfasst und qualitativ ausgewertet, um so das Dunkelfeld weiter auszuleuchten.



Logo der Betroffenenberatung **empower**

Rechte, rassistische oder antisemitische Gewalttaten werden meist nicht im Bekannten- oder Freundeskreis verübt. Oft kommt es zu Vorfällen in der Öffentlichkeit, bei denen sich Täter beziehungsweise Täterin und das Opfer gar nicht kennen. Laut Nissar Gardi steigt aktuell die Zahl der Vorfälle. Grund ist: Mit der zunehmenden symbolischen Gewalt – in Form von rechten oder populistischen Debatten – kommt es auch vermehrt zu direkten Übergriffen, die zudem selten als solche rechtlich verfolgt oder gesellschaftlich geächtet werden.

„Deshalb müssen mehr Menschen in der Zivilgesellschaft, in den Medien, in der Politik klare Abgrenzungen zu Antisemitismus und Rassismus vornehmen. Wir benötigen zudem funktionierende Kooperationen zwischen allen Akteurinnen und Akteuren vor Ort. Und das ermöglichen die Landes-Demokratiezentren. Es braucht jedoch auch eine dauerhaft abgesicherte Förderung der Projekte.“

Wo und wie man Hilfe bekommt, erfährt man über die mehrsprachigen Flyer von **empower**, das Internetangebot oder direkt vor Ort. Denn **empower** geht aktiv in die Nachbarschaften, Gemeinden, Communities, Vereine oder Unterkünfte von Geflüchteten.

„Die Zusammenarbeit der Projekte im Rahmen des Bundesprogramms zeigt, dass eine Mehrheit der Gesellschaft Verantwortung übernehmen und der aktuellen Gewaltzunahme intervenierend und präventiv entgegenwirken will.“



Was passiert bei der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung?

Wer sich aus einer extremistischen Szene lösen will, braucht nicht nur Mut, sondern vor allem Rat und oft auch konkrete Hilfestellung. Diese bietet die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung, die im Rahmen von „Demokratie leben!“ in jedem Bundesland durch das Landes-Demokratiezentrum koordiniert wird. Betroffene werden hier beraten, erhalten Unterstützung beim Aufbau neuer sozialer

Kontakte oder werden bei der beruflichen oder schulischen Neuorientierung längerfristig begleitet. Zudem werden Angehörige oder Freundinnen und Freunde mit Tipps und Handlungsanleitungen versorgt – mit dem Ziel, möglichst ganzheitlich jeder Form von Extremismus präventiv entgegenzuwirken.

Hass und Gewalt hinter sich lassen

Die rote Linie signalisiert eine imaginäre Grenze: bis hierher und nicht weiter! Anfangs bemerken junge Menschen meist nicht, dass sie diese Grenze überschritten haben und in einen Teufelskreis geraten sind. Denn der Einstieg in die rechtsextreme Szene ist schleichend. Oft kommen Betroffene über Medien oder lose Freundeskreise erstmals mit rechtsextremem Gedankengut in Berührung. Werden die Kontakte intensiver, grenzen sich die Jugendlichen nach und nach von ihrer Familie, in der Schule oder in der Öffentlichkeit ab. Kleidung und Musikgeschmack ändern sich, rechte Symbole werden offen getragen und ein Hang zu Kriegsmetaphern bringt die neue Orientierung zum Ausdruck.

Dieser Prozess kann jedoch durchkreuzt und gestoppt werden. Das Projekt **Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus** unterstützt junge Menschen in Hessen, die Schwelle zu Radikalisierung und Extremismus nicht zu überschreiten. „Distanzierungshilfe heißt, mit einer Zielgruppe zu arbeiten, die für sich häufig noch keine Probleme sieht und leider von Lehrkräften und Sozialarbeitenden oft vorschnell aufgegeben wird“, erläutert Torsten Niebling vom Verein **Rote Linie**. Der Pädagoge ist Kenner der Szene und hat bereits mehrere Bücher über Jugendliche und Rechtsextremismus verfasst. Seit 2015 leitet er das sechsköpfige Team des Vereins, dessen Angebot sich an Jugendliche wendet, die mit rechtem Gedankengut sympathisieren, aber noch keiner organisierten Szene angehören.

Das durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderte Projekt ist in Hessen einzigartig und bündelt seit 2010 die Angebote von Jugendarbeit und Distanzierungshilfen. Die **Rote Linie** ist zudem Kooperationspartner vom **beratungsNetzwerk Hessen**, zu dem auch das Landes-Demokratiezentrum Hessen gehört. Zuwendungsempfänger ist der St. Elisabeth-Verein Marburg. Eltern, Lehrkräfte, Polizei und Einrichtungen der Jugendhilfe erhalten hier Informationen, Beratung und Fortbildungen, unter anderem zum Umgang mit Hate Speech im Internet und in sozialen Medien.

Beratung

Beim ersten Beratungstermin wird zunächst analysiert, wie weit die Jugendlichen schon in der rechten Szene verstrickt sind und welche Schritte das Umfeld unternehmen kann. Es sei oft nicht leicht, die jungen Menschen zu erreichen, berichtet Niebling. Er erzählt von Jugendlichen, die täglich rassistische Witze mit NS-Bezug auf Instagram posten, um sich abzugrenzen und zu polarisieren. Damit sei oft schon der Anfang getan. Aus der Community komme dann viel Zuspruch, vor allem von Personen mit rechts-extremen Profilen. Doch was sind die Auslöser für solches Verhalten? „Viele junge Menschen wachsen in einer Gesellschaft auf, in der ihnen rechts-extremistisches Denken und Handeln im Alltag begegnen, insbesondere durch Erwachsene und soziale Netzwerke“, sagt Niebling. „Sie ringen um Identität, wollen Anerkennung und einer Gruppe zugehören. Das erfahren die Kids in diesen Kreisen.“ Gemeinschaftserlebnisse verstärkten diese Gefühle.

Dabei nutzt die rechtsextreme Szene zur Mobilisierung gezielt die gesellschaftliche Debatte um Geflüchtete, Asyl und Sicherheit. „Feindbilder und Halbwahrheiten sowie das Gefühl, ‚echte Verantwortung für unser Land‘ zu übernehmen, schweißen zusammen“, so Niebling. Hier solle die Distanzierungsarbeit intervenieren, was aber weder schnell ginge noch einfach sei.



Eine Broschüre von **Rote Linie** auf einer Veranstaltung

„Es reicht nicht, nur mit guten Argumenten zu überzeugen. Wir wollen Jugendliche zum selbstständigen Denken motivieren“, sagt Niebling. Dies zu erreichen, erfordere ein hohes Maß an Authentizität, aktives Zuhören und Neugier. Nur so entstehe Vertrauen bei Jugendlichen, sich zu öffnen – für alte wie neue Beziehungen. Wichtig sei auch, dass die Jugendlichen alternative Erfahrungen machen können, die ihre Bedürfnisse ansprechen und befriedigen: zum Beispiel im Rahmen von Einzelfallhilfen oder in Gruppenangeboten. So könnten positive Erlebnisse und Erfolge im Alltag gefördert, neue Tagesstrukturen etabliert und die wichtigsten Bezugspersonen einbezogen werden.

Niebling skizziert die Arbeit anhand eines Beispiels: An einem Gymnasium sei ein Siebtklässler aufgefallen, weil er über mehrere Wochen Bilder mit rechtsextremen Symbolen und Texte mit diskriminierenden Inhalten an Klassenkameradinnen und Klassenkameraden verschickte. Die Eltern des Jungen seien mit der Situation überfordert gewesen, während die Elternvertretung Druck auf die Lehrkräfte gemacht habe. Ein Schulverweis drohte. An solch einem Punkt beginnt die Arbeit von **Rote Linie**: Eine Eins-zu-eins-Betreuung für den Jungen sollte den Ausweg ebnen. In langen Gesprächen konnte er über persönliche Themen, Ängste und familiäre Konflikte sprechen. Nach einigen Wochen öffnete er sich mehr und mehr. Die Eltern wiederum nahmen sich Zeit für ihn und setzten gemeinsam klare Grenzen, berichtet Niebling. Das Team von **Rote Linie** integrierte auch die Schulleitung sowie Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen einer Helferkonferenz. Es gelang zwar nicht, den Jungen in die Klasse zu reintegrieren, aber die Verantwortlichen sorgten durch Einzelunterricht für eine Tagesstruktur und Bildungserfolge bis zum Jahresende. Dies wirkte sich positiv auf die Leistungsbereitschaft des Jungen aus. Nach dem Schuljahr wechselte er die Schule – ein Neustart sozusagen. Der Junge wurde noch für einige Zeit weiter betreut. Er konnte im neuen Umfeld einen Freundeskreis aufbauen und an alte schulische Leistungen anknüpfen – rechtsextreme Einstellungen spielten da keine Rolle mehr.

Die Arbeit von **Rote Linie** ist heute wichtiger denn je. Denn die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten ist in Hessen in den letzten Jahren stark gestiegen.

Was macht eigentlich eine Mobile Beratung?

Überall in der Gesellschaft können uns rechtsextreme, rassistische, antisemitische und andere demokratiefeindliche Einstellungen begegnen. Diesen kann man aktiv entgegenwirken, wenn man weiß, wie. Dafür gibt es die Mobile Beratung direkt vor Ort, die von den Landes-Demokratiezentren gefördert wird. Die Anlässe, zu denen beraten wird, sind vielfältig: Mal sind es Lehrerinnen und Lehrer,

denen die rassistischen Sprüche auf dem Schulhof Sorgen machen; mal sind es Eltern, die befürchten, ihr Kind könnte Mitglied einer rechtsextremen Gruppe sein. Aber auch Institutionen wie Freizeiteinrichtungen und Betriebe können sich an die Mobile Beratung wenden.

Beratung gegen den Hass

Laut Brandenburger Verfassungsschutz ist 2019 die Zahl der als rechtsextrem geltenden Menschen auf rund 2.800 angestiegen. Das sind so viele wie nie zuvor und mehr als 1.000 Verdachtsfälle mehr als noch im Jahr 2018. Nach Angaben des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung **Demos** üben diese rechtsextrem eingestellten Menschen immer wieder Einfluss auf das bürgerliche Milieu aus.

Seit 1992 ist **Demos** mit Mobilen Beratungsteams im Einsatz gegen Rechts- extremismus, Rassismus und zur Gewaltprävention. Die Beratungsstelle besteht aus sechs regionalen Teams mit jeweils zwei bis drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Angermünde und Cottbus, Frankfurt an der Oder, Neuruppin sowie in Potsdam und Trebbin. Diese sind lokal angebunden, kennen sowohl die Menschen als auch die Situation vor Ort und können Hilfesuchende direkt in ihrem Umfeld beraten und begleiten. Das Angebot von **Demos** ist breitgefächert: Es reicht vom Kommunikations- und Argumentationstraining über die Unterstützung besorgter Eltern, deren Kinder ins rechtsextreme Milieu geraten sind, bis hin zur Bearbeitung von Konflikten, die von rechtsextremer Seite instrumentalisiert werden. Auch Menschen, die sich für mehr Respekt und gegen Rassismus einsetzen, suchen Rat. „An uns wenden sich Bürgerinnen und Bürger, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Behörden, weil sie die Gräben in ihrem Gemeinwesen überwinden wollen, um gut miteinander leben zu können. Sie sehen den Dialog als wesentliches Mittel dazu an“, sagt **Demos**-Geschäftsführer Markus Klein. In den Jahren 2014 bis 2016 unterstützte er mit seinen Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel Städte und Gemeinden in Brandenburg bei der Kommunikation zur Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete.



Eine Veranstaltung von **Demos**

Der Sozialarbeiter Markus Klein ist seit 2013 an Bord und befasst sich mit den unterschiedlichsten Ausprägungen von Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Ein Phänomen, das ihm seit Jahren Sorge bereitet, sind die sogenannten Reichsbürger. In den vergangenen Jahren hat die Bewegung immer wieder von sich reden gemacht. Sie bestreiten, dass die Bundesrepublik Deutschland ein rechtmäßiger Staat ist, und widersetzen sich vielfach behördlichen Anordnungen. Bekannt geworden sind Fälle, in denen Anhängerinnen und Anhänger der Bewegung die Zahlung von Steuern, Bußgeldern oder Gebühren verweigern, die Tätigkeit von Gerichten und Behörden behindern oder sogar deren Mitarbeitende bedrohen. Andere wiederum nutzen selbst gewählte Titel und Berufsbezeichnungen. Mitunter sind Reichsbürgerinnen und Reichsbürger auch gewalttätig – bis hin zum Schusswaffeneinsatz gegen Polizeikräfte. Der Landesverfassungsschutz warnt vor einer weiteren Radikalisierung.

Seit 2010 informiert das Mobile Beratungsteam von **Demos** Behörden, Organisationen und Netzwerke im gesamten Bundesland über Fortbildungen und Workshops zum Phänomen Reichsbürger. Zudem haben die Beraterinnen und Berater gemeinsam mit Expertinnen und Experten des brandenburgischen Verfassungsschutzes sowie des Landeskriminalamtes Brandenburg ein Handbuch zum Umgang mit der Szene verfasst.

Gerade zwischen Menschen verschiedener Herkunft, Zugezogenen und Alteingesessenen entstehen immer wieder Konflikte, die das friedliche Zusammenleben beeinträchtigen. In dem Zusammenhang stieg auch die Zahl der Beratungsfälle bei **Demos**. So kam es beispielsweise in einer Kleinstadt zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen zwei Jugendgruppen: die einen mehrheitlich unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die anderen überwiegend Jugendliche aus alteingesessenen Familien. Als rechtspopulistische Kräfte versuchten, die Spannungen für sich zu instrumentalisieren, drohte der Konflikt zu eskalieren. „Um die Lage zu entschärfen, haben wir alle relevanten Akteurinnen und Akteure angesprochen und an einen Tisch gebracht“, erläutert Klein. „Zivilgesellschaft, Polizei, Kommune, Schulleitung, Kreisjugendamt und Vertreterinnen und Vertreter der Flüchtlingsarbeit.“ Jeder schilderte seine Sichtweise, damit alle anwesenden Beteiligten ein möglichst ganzheitliches Bild der Lage bekamen. Auf dieser Basis entstand ein Maßnahmenpaket, das mehr Sozialarbeit und mehr Polizeipräsenz am Bahnhofsvorplatz, dessen Umgestaltung sowie mehr Freizeitangebote für die Geflüchteten umfasste. „So konnten wir gemeinsam mit den Leuten vor Ort den Konflikt befrieden und verhindern, dass er politisch instrumentalisiert wird.“ Seit Juli 2020 stärkt **Demos** mit dem Projekt „Lokale Konfliktbearbeitung“ in drei Modellorten vorhandene Strukturen, um schneller reagieren zu können. Je nach Bedarf werden dafür auch die lokalen Akteurinnen und Akteure unterstützt, zum Beispiel bei der Stärkung der interkulturellen Kompetenzen, der Kommunikationsfähigkeiten oder der Optimierung des lokalen Konfliktmanagements.

3 Was passiert während einer Landesdemokratiekonferenz?



Einmal jährlich findet im Rahmen von „Demokratie leben!“ in jedem Bundesland ein großes Vernetzungs- und Arbeitstreffen statt: die Landesdemokratiekonferenz. Dazu laden die Landes-Demokratiezentren zivilgesellschaftliche und behördliche Akteurinnen und Akteure sowie lokale Organisationen und Vereine an einen Tisch ein. Da die Problemlagen sich regional unterscheiden, sind auch die Konferenzen inhaltlich unterschiedlich ausgerichtet. Gemeinsam wird im Rahmen der Konferenz auf Erreichtes zurück- und auch konstruktiv nach vorn geschaut: um die Demokratie im Land zu stärken und jeder Form von Extremismus sowie Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit aktiv entgegenwirken zu können.

Wissen teilen, Netzwerk ausbauen, Demokratie gestalten

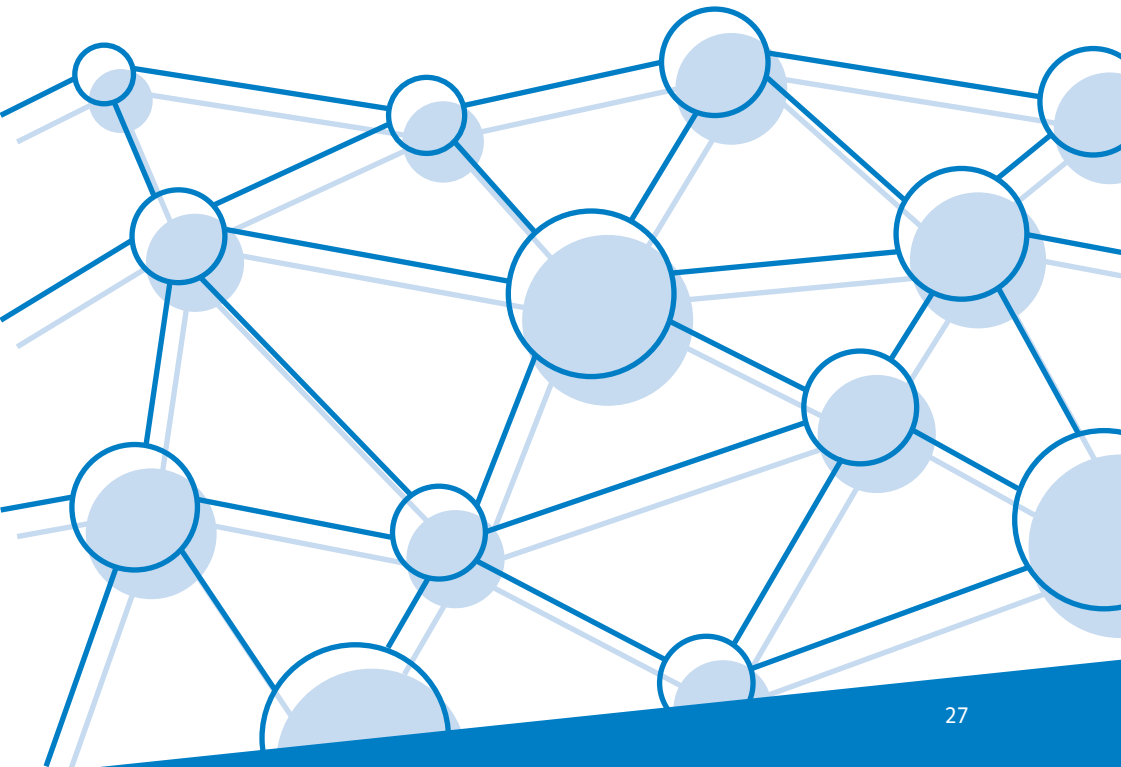
Hoch oben im Norden engagieren sich in Schleswig-Holstein schon seit Jahren Zivilgesellschaft und Behörden aktiv gegen alle Formen von Extremismus und setzen sich mit diversen Projekten für Demokratie und Vielfalt ein. Das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein bündelt zu diesem Zweck sämtliche Ressourcen der Bundes- und auch Landesprogramme in den Bereichen Extremismusprävention und -intervention sowie Demokratiestärkung. Einmal im Jahr lädt das Landes-Demokratiezentrum zum gegenseitigen Austausch ein und bringt seit 2018 alle Beteiligten aus ganz Schleswig-Holstein in Kiel zusammen – auf der Landesdemokratiekonferenz.

Hier treffen sich behördliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, um aktuelle Problemlagen im Land und damit verbundene Herausforderungen zu diskutieren. So wird die bisherige Zusammenarbeit vertieft, es werden Erfahrungen ausgetauscht, wertvolle Anregungen eingeholt und neue Kontakte geknüpft. Gemeinsames Ziel ist es, die Präventionslandschaft in Schleswig-Holstein so zu gestalten, dass man Extremismus und allen Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit effektiv und vor allem nachhaltig entgegenwirken kann.

Bei der Landesdemokratiekonferenz 2019 kamen Vertreterinnen und Vertreter aus den Landesprogrammen, den Bundesprogrammen „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“¹ zusammen, aber auch Interessierte aus verschiedenen Kommunen, die zukünftig Maßnahmen zur Demokratiestärkung planen und eine Kooperation anstreben.

¹ Das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein fungiert ebenso als Ansprechpartner für das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern. Im Rahmen dieses Bundesprogramms werden Projekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe und gegen Extremismus gefördert. Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine, Verbände und Multiplikatoren. Ihre Kompetenzen werden unterstützt und erweitert.

Im Rahmen der Konferenz lieferten das Landeskriminalamt und der Verfassungsschutz eine Lageeinschätzung zum Extremismus in Schleswig-Holstein. Anschließend wurden verschiedene Vorträge von Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartnern sowie Berichte aus einzelnen Beratungsprojekten angeboten. Sie alle vermittelten fundierte Einblicke in die aktuelle Entwicklung von extremistischen Gruppierungen im Bundesland und in die Präventions- und Interventionsarbeit vor Ort. Die zweite Tageshälfte galt der inhaltlichen Vertiefung und dem intensiven Austausch. Im Workshop **Erkennen von und Umgang mit aktuellen Formen des Antisemitismus** lieferte beispielsweise das regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Kiel gemeinsam mit der landesweiten Fach- und Informationsstelle Antisemitismus (LIDA S-H) einen Einblick in die lokale Projektarbeit und gab Input zu neuesten Ausprägungen von Antisemitismus und deren Erscheinungsformen in der Presse sowie auf sozialen Plattformen.



Zudem präsentierten sich sämtliche Beratungsangebote und Projekte des Landes in der Projektmeile, um Erfahrungen und Ideen auszutauschen.

„Die Landesdemokratiekonferenz ist unsere wichtigste Veranstaltung des Jahres. Das Interesse steigt Jahr für Jahr und der Gesprächsbedarf ist immens. Die Teilnehmenden können hier Erfahrungen sowie fachliche Tipps direkt austauschen und profitieren dadurch sehr in ihrer alltäglichen Arbeit.“

Marianne Witt, Kontakt- und Fachstelle für Partnerschaften für Demokratie beim Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein, Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

So umfangreich die Vorbereitungen einer Landesdemokratiekonferenz sind, so wichtig ist auch die Nachbereitung. Was lief gut, was muss angepasst werden, was fehlte? Wie kann der Austausch untereinander noch mehr gefördert werden? Zukünftig setzt das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein noch stärker auf Interaktion und will den Fachdialog über Synergien zwischen Praxis und Wissenschaft stärken.



NEMO

SeS

HOUSE OF

Zukunft der Kulturen

VIELFALT
GESTALTEN

AUSGRENZUNG
WIDERSTEHEN

✓ DEMOKRATIE
LEBEN



4 *Wie funktioniert die Vernetzungsarbeit der Landesdemokratiezentren?*



Das Landes-Demokratiezentrum bringt alle Akteurinnen und Akteure aus den Partnerschaften für Demokratie des Bundeslandes zusammen, um gemeinschaftlich und gezielt für Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus einzutreten. Unterstützt und ermöglicht wird das durch eine vom Landes-Demokratiezentrum etablierte Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur. Die Landes-Demokratiezentren koordinieren auch die Aktivitäten von relevanten Kooperationspartnerinnen und -partnern. So werden Beratungsleistungen und Präventionsmaßnahmen besser aufeinander abgestimmt und sinnvoll ausgerichtet. Davon profitieren Akteurinnen und Akteure, betroffene Menschen, aber vor allem die Städte und Gemeinden.

„Wie die Spinne im Netz“

Laut Sachsen-Anhalt-Monitor 2020² sprechen sich gut 93 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt beim Vergleich der Staatsideen für eine Demokratie aus. Jedoch sind viele auch unzufrieden mit demokratischen Prozessen, was sich mitunter in einer Entfremdung vom politischen System zeigt. Nicht zuletzt haben die Debatten um die Aufnahme von Geflüchteten gerade rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Gruppen im Land zu viel Auftrieb verholfen.

Um die demokratischen Werte zu sichern und die Zivilgesellschaft zu stärken, hat Sachsen-Anhalt ein eigenes Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit ins Leben gerufen und setzt damit ein klares Signal gegen Hass und Hetze. Unter dem Motto #WirinddasLand sollen möglichst viele Menschen aktiviert und gestärkt werden, sich für ein offenes Klima und ein respektvolles und friedliches Miteinander im Land zu engagieren. Wichtig ist es, gerade die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu mobilisieren. Denn nur so kann auf lokaler Ebene wirkungsvoll und präventiv gegen Rassismus und Extremismus vorgegangen und allen Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegengewirkt werden. Dieses Ziel verfolgen auch die über zwanzig verschiedenen Partnerschaften in Sachsen-Anhalt, die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert werden. Je besser die Maßnahmen von Bundes- und Landesprogramm aufeinander abgestimmt sind, desto wirkungsvoller ist die Erreichung gemeinsamer Ziele.

Das Landes-Demokratiezentrum Sachsen-Anhalt, das im Landesministerium für Arbeit, Soziales und Integration angesiedelt ist, steuert und vernetzt daher sämtliche Projekte und Aktivitäten im gesamten Bundesland. Das

² Sachsen-Anhalt-Monitor 2020: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/Online-Angebote/Downloads/SAM_2020_Onlinefassung.pdf

sechsköpfige Team erarbeitet und entwickelt zusammen mit allen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern Strategien und Konzepte, die ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen. Das Team sorgt dabei für einen kontinuierlichen, transparenten Informationsfluss und sichert den Erfahrungsaustausch untereinander.

Regelmäßig finden Netzwerkveranstaltungen, Programmkonferenzen und Gremiensitzungen statt, in denen Handlungsbedarf ermittelt und Maßnahmen angepasst sowie blinde Flecken in der Präventionsarbeit identifiziert werden. Ein mehrheitlich zivilgesellschaftlicher Beirat gibt dabei sowohl Kritik als auch Anregungen. Das Landes-Demokratiezentrum Sachsen-Anhalt hilft den Projektverantwortlichen bei der Öffentlichkeitsarbeit, berät zu Fördermöglichkeiten, unterstützt Neugründungen, vermittelt Personal für Fachvorträge und organisiert landesweit Fachkonferenzen.

Die Arbeit des Landes-Demokratiezentrums erlaubt es den Akteurinnen und Akteuren, auf Landesebene effizient und breitenwirksam zu agieren – und auch auf aktuelle Ereignisse gut reagieren zu können. So wurden während der Corona-Pandemie in kurzer Zeit digitale Projektformate entwickelt, umgesetzt und allen zur Verfügung gestellt. Das Landes-Demokratiezentrum hilft auch dabei, neue Partnerschaften für Demokratie aufzubauen – wenn es aktuelle Geschehnisse wie in Köthen erfordern, auch in sehr kurzer Zeit. Im September 2018 wurde hier der gewaltsame Tod eines Menschen von Rechtsextremen instrumentalisiert, um Angst in der Bevölkerung zu schüren und gegen Menschen mit Migrationshintergrund Stimmung zu machen. Die Zivilgesellschaft in Köthen handelte und reagierte mit verschiedenen Aktionen vorbildlich darauf. In enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und den Menschen vor Ort entstand in Köthen im April 2019 die 300. Partnerschaft für Demokratie, die im Rahmen des Bundesprogramms vom Landes-Demokratiezentrum unterstützt wird.

Koordinierung

Auch der antisemitische und rechtsextremistische Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle wirkte sich maßgeblich auf die Arbeit des Landes-Demokratiezentrum in Sachsen-Anhalt aus. In einer Sondersitzung verfasste der Beirat des Landes-Demokratiezentrum eine Empfehlung für die Landesregierung, die expliziten Handlungsbedarf für verschiedene Bereiche identifiziert. So soll zeitnah ein Aktionsprogramm gegen Antisemitismus erarbeitet und diese Problematik in die Lehrpläne von Kitas, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Hochschulen sowie in die Erwachsenen- und Weiterbildung aufgenommen werden. Ebenso wird es zukünftig mehr Onlineangebote zu Medienkompetenz und Radikalisierungsprävention geben. Auch die Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen wird verstärkt. Zudem sollen neue interkulturelle beziehungsweise religiöse Begegnungsstätten geschaffen und die allgemeine Antidiskriminierungsarbeit weiter ausgebaut werden. Bei der Umsetzung des Vorhabens koordiniert das Landes-Demokratiezentrum den Einsatz sämtlicher Ressourcen und sorgt dafür, dass die zukünftig geplanten Maßnahmen inhaltlich wie zeitlich optimal aufeinander abgestimmt sind.

„Wir sind wie die Spinne im Netz: Wir stellen Informationen und wissenschaftliche Expertise zur Verfügung, vernetzen die Partnerschaften für Demokratie und unterstützen proaktiv die Bildung von Kooperationen für ein demokratisches Zusammenleben vor Ort.“

Marcus Wolff, Stabsstelle Demokratie- und Engagementförderung im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration von Sachsen-Anhalt

Wieso sind unsere Beratungsangebote wichtig für die Demokratie?

Das Nachdenken über Demokratie beginnt oft unbemerkt im Kleinen. Da gibt es im Sportverein immer wieder unbedachte, abwertende Äußerungen gegen Minderheiten oder Mitspielerinnen und Mitspieler. Oder man stellt fest, dass der nette Nachbar ein stadtbekannter Neonazi ist. Auf die erste Reaktion: „Das geht doch nicht!“ und „Ich will etwas tun!“ folgt mitunter Ratlosigkeit. Doch es gibt Unterstützung und viele Verbündete. Niemand muss Angst haben, mit einem Problem oder sogar einem Übergriff allein gelassen zu werden. Auch für Eltern, die sich sorgen, weil ihr Kind extremistisches Gedankengut auf Facebook teilt, gibt es Hilfe. Die 16 Landes-Demokratiezentren bieten in allen Bundesländern mit professionellen Anlaufstellen Unterstützung: in Form von Mobiler Beratung, Opfer-

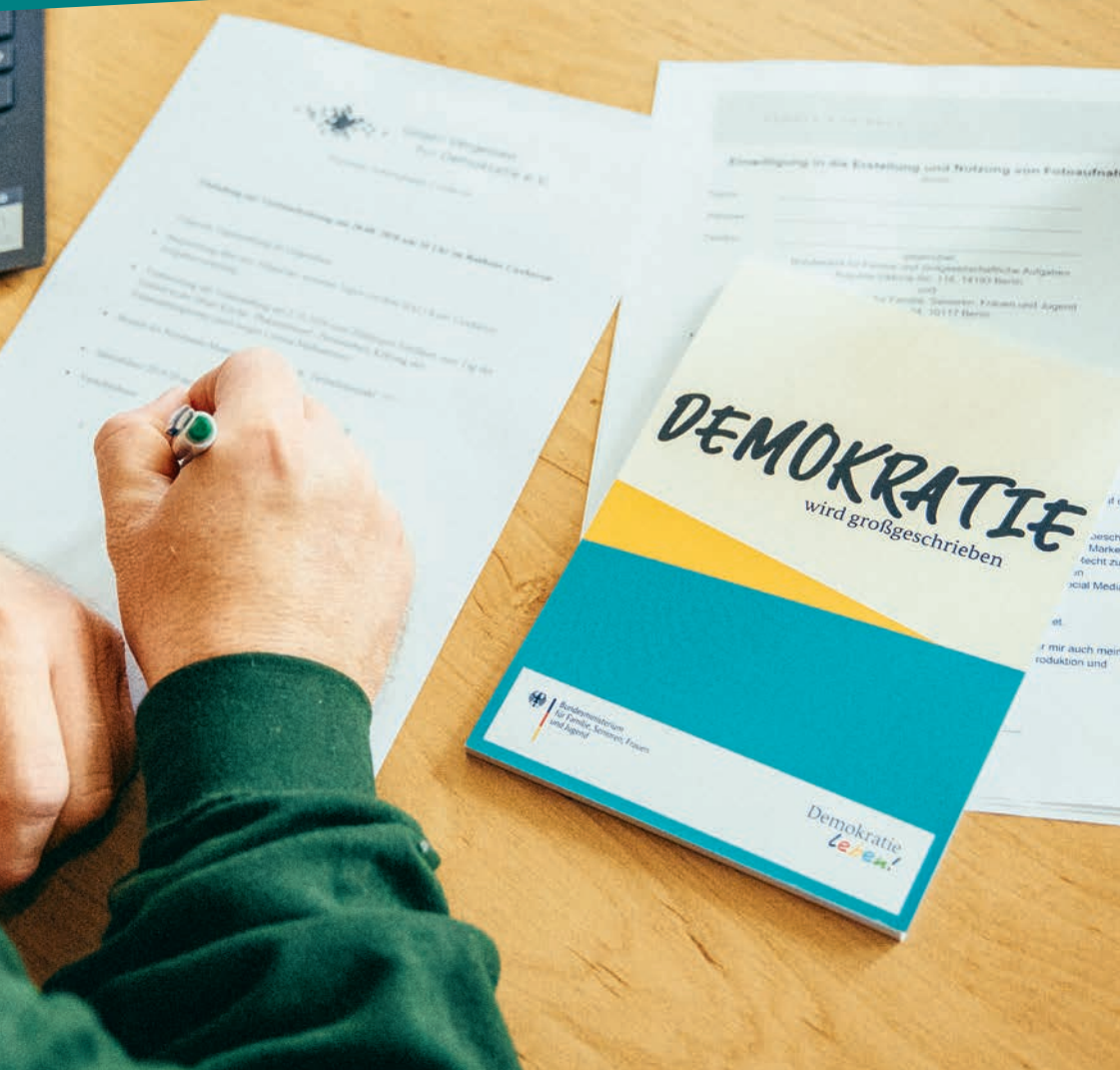
und Betroffenenberatung oder Distanzierungs- und Ausstiegsberatung. Die Angebote stehen allen Menschen offen. Wer einer extremistischen Gruppierung den Rücken kehren will, findet hier einen Ausweg. Opfer eines rassistischen Überfalls können in geschütztem Rahmen Erlebtes bewältigen und werden bei Bedarf auch auf Behördengänge begleitet. Wer die Belegschaft seiner Firma für mehr Vielfalt und Offenheit sensibilisieren will, kann spezielle Fortbildungsangebote zur fachlichen Unterstützung wählen. Die geschilderten Beispiele in dieser Broschüre zeigen: Wenn man Rat und Unterstützung nutzt, gesellschaftliche Zusammenhänge reflektiert und aktiv wird, profitieren nicht nur einzelne Menschen, sondern die demokratische Gesellschaft als Ganzes.

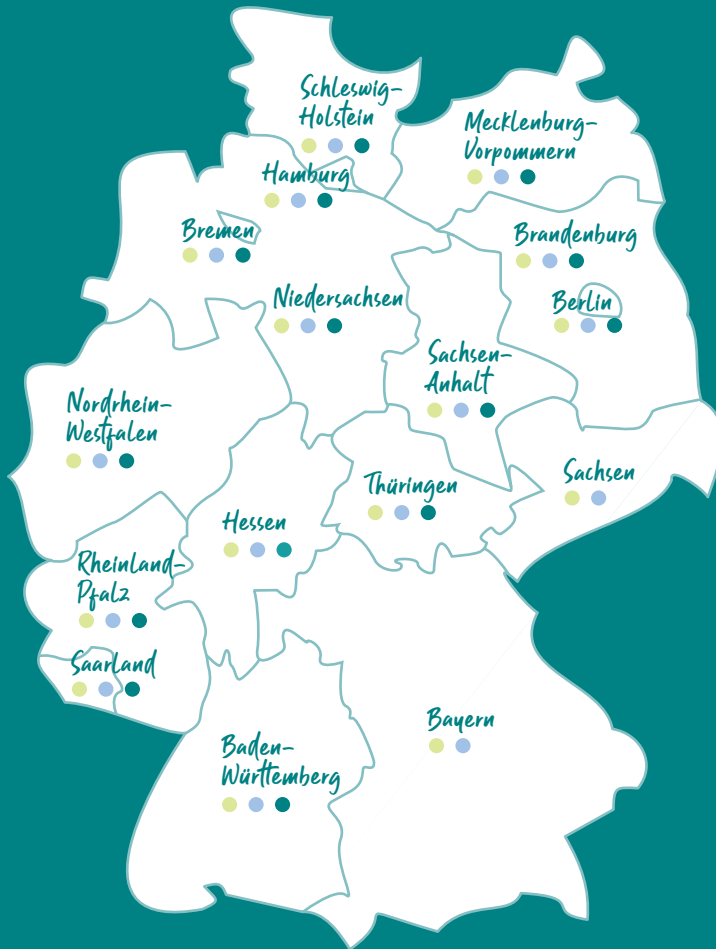
Was kann jeder Mensch bewirken? Und warum ist das Engagement jeder und jedes Einzelnen so wichtig für die Demokratie?

Erst das Engagement der Bürgerinnen und Bürger füllt die Demokratie mit Leben. Ob Hamburg oder Halle, Köthen oder Kiel – überall in Deutschland setzen sich Menschen für Vielfalt und ein friedliches Zusammenleben ein, organisieren Dialogveranstaltungen und Demokratieprojekte an Schulen, arbeiten mit Geflüchteten und machen sich stark gegen Rechtsextremismus. Erfolgreiche Prävention gegen antidemokratische Tendenzen ist jedoch eine andauernde und gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Sie muss auf breiter gesellschaftlicher Basis ansetzen und gemeinschaftlich vernetzt umgesetzt werden. Genau das leisten und fördern die 16 Landes-Demokratiezentren. Sie sind in jedem Bundesland der zentrale Ankerpunkt für alle lokalen Partnerschaften für Demokratie. Diese fördern und stärken deutschlandweit mit über 4.000 Projekten in 300 Kommunen die Vielfalt und Demokratie und leisten wichtige Präventionsarbeit vor Ort. Ihr Engagement ist unerlässlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die individuelle Teilhabe, für gelungene Integration, für Wohlstand und kulturelles Leben, für ein respektvolles Miteinander.



Übersicht Landes- Demokratiezentren





Die Landesdemokratiezentren tragen dazu bei, dass ein breites Beratungsangebot für die Prävention von Extremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bereitgestellt wird. Die vollständige Infografik liegt als Plakat bei.

- Angebote der Mobilen Beratung
- Angebote der Opferberatung
- Angebote der Distanzierungs und Ausstiegsberatung

Baden-Württemberg

Das Landes-Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet Beratung und Angebote rund um Extremismusprävention, Demokratieförderung und Menschenrechtsbildung. Es versteht sich als Zentrum für Bildung, Dienstleistungen und Vernetzung. Zu den Angeboten gehören neben der Qualifikation von Fachkräften, die im Alltag mit demokratiefeindlichen Phänomenen zu tun haben, auch Workshops für Ehrenamtliche oder Plan-spiele für Jugendliche. Das Landes-Demokratiezentrum vernetzt diverse Organisationen, die Kompetenz und Fachwissen zur Verfügung stellen. Dazu gehören kommunale wie regionale Partnerinnen und Partner. Die Landeskoordinierungsstelle der Jugendstiftung Baden-Württemberg setzt das Landes-Demokratiezentrum im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg um.

<https://demokratiezentrum-bw.de>

Bayern

Die Landeskoordinierungsstelle in Bayern ist als Landes-Demokratiezentrum beim Bayerischen Jugendring angesiedelt und arbeitet mit dem Bayerischen Sozialministerium zusammen. Sie richtet sich gegen Extremismus und legt großen Wert auf Prävention, um eine Radikalisierung im besten Fall gar nicht erst entstehen zu lassen – insbesondere bei Jugendlichen und ihrem Umfeld. Im Landes-Demokratiezentrum sind staatliche und nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure vernetzt, die Beratungen und Informationen für Einzelpersonen, Verbände, Schulen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Kommunen, Firmen und Bürgerbündnisse anbieten. Ziel ist es, die Zivilgesellschaft zu unterstützen und den Wissenstransfer anhand von Fachkonferenzen und über Kontakt zu Forschungseinrichtungen zu fördern.

<https://www.lks-bayern.de>

Berlin

Das Landes-Demokratiezentrum Berlin vernetzt das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für eine freiheitliche und offene Gesellschaft. Wer von demokratiefeindlichen Phänomenen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit betroffen ist, bekommt hier Rat, Unterstützung und Informationen. Zu den Angeboten gehören eine Mobile Beratung, eine Distanzierungs- und Ausstiegsberatung sowie eine Opfer- und Betroffenenberatung. Ein ergänzendes Modellprojekt begleitet pädagogisches Fachpersonal bei Themen wie Islamismus und Radikalisierungsprävention. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem fachlich-wissenschaftlichen Austausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren von Bundes- und Landesprogramm. Das Landes-Demokratiezentrum Berlin ist an der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung in der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung angesiedelt.
<https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/landesdemokratiezentrum/>

Brandenburg

Die Koordinierungsstelle **Tolerantes Brandenburg** bündelt als Landes-Demokratiezentrum staatliche und zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Sie ist als Stabsstelle in der Staatskanzlei angesiedelt und arbeitet daran, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus durch Aufklärung vorzubeugen sowie die Bevölkerung zu sensibilisieren. Die Koordinierungsstelle setzt sich auch dafür ein, die Demokratie strategisch zu stärken und Geflüchtete zu unterstützen. Sie ist Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, Verwaltungen, Schulen, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und für sonstige Institutionen. Sie berät außerdem die Landesregierung.
<http://www.tolerantes.brandenburg.de>

Bremen

Das Landes-Demokratiezentrum Bremen ist bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport angesiedelt. Es verfügt über ein lebendiges Netzwerk und koordiniert Beratungen für Betroffene, Ratsuchende und Interessierte. Dazu zählen zum Beispiel Eltern und Angehörige von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die begonnen haben, sich zum Rechtsextremismus oder zu religiös begründetem Extremismus hinzuwenden. Das Angebot richtet sich auch an Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Zu den Leistungen zählen darüber hinaus Fortbildungen für Fachkräfte zu den Themenfeldern Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit.

<https://www.demokratiezentrum.bremen.de>

Hamburg

Die Funktion des Landes-Demokratiezentrums nimmt in Hamburg das Referat „Stärkung der Zivilgesellschaft“ der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration wahr. Zu den Aufgaben gehören die Prävention von Rechtsextremismus und von religiös begründetem Extremismus. Um diesen Phänomenen vorzubeugen, werden Betroffene bei religiös begründetem Extremismus und antimuslimischer Diskriminierung schwerpunktmäßig beraten. Eine große Rolle spielen darüber hinaus die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und die Kooperation mit bereits bestehenden Beratungsnetzwerken. Außerdem ergänzen Projekte in freier Trägerschaft die Angebote der Fachbehörden und Bezirksämter.

<https://www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus/>

Hessen

Das Landes-Demokratiezentrum Hessen ist Teil des **beratungsNetzwerks hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus** und an der Philipps-Universität Marburg angesiedelt. Die Teams des Netzwerks beraten Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und Hilfesuchende nach Vorfällen mit rechtsextremem, antisemitischem oder rassistischem Hintergrund. Das Zentrum vermittelt landesweit Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu Rechtsextremismus und Salafismus sowie zur Demokratieförderung und koordiniert die Beratung, Vernetzung und Prävention. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die wissenschaftliche Arbeit, deren Ergebnisse sich in Studien, Fachtagungen, Publikationen und Lehrveranstaltungen wiederfinden.

<http://beratungsnetzwerk-hessen.de/demokratiezentrum>

Mecklenburg-Vorpommern

Die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz (LKS) ist bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt, die zum Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur gehört. Zu den Kernaufgaben zählt, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen verschiedensten Akteurinnen und Akteuren zu steuern. Die Landeskoordinierungsstelle unterstützt unter anderem Einzelpersonen, Kommunen und Institutionen dabei, sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus einzusetzen und so die Demokratie und ein respektvolles Miteinander zu stärken. Die Angebote sind speziell auf unterschiedliche Zielgruppen zugeschnitten: wie zum Beispiel Beratungen für Schulen zum Thema Rechtsextremismus.

<https://www.beratungsnetzwerk-mv.de>

Niedersachsen

Das Landes-Demokratiezentrum setzt sich mit Informationen, Bildung und Aufklärung für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit ein. Zentrale Aufgabe ist es, Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus und religiös begründete Radikalisierung sowie antimuslimischen Rassismus zu entwickeln und durchzuführen. Daneben nimmt das Landes-Demokratiezentrum auch andere demokratiefeindliche Phänomene in den Blick, insbesondere den gewaltorientierten Salafismus. Das Angebot richtet sich in erster Linie an Bündnisse, Kommunen, Vereine und Verbände, kommunale Präventionsgremien, Jugendhilfe, Schulen sowie Universitäten und Fachhochschulen. Das Zentrum bietet Opfer- und Betroffenenberatung, Distanzierungs- und Ausstiegsberatung sowie zudem eine flächendeckende Mobile Beratung. Es ist angesiedelt im Niedersächsischen Landespräventionsrat im Justizministerium.

<https://ldz-niedersachsen.de>

Nordrhein-Westfalen

Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen ist Teil der Landeszentrale für politische Bildung. Sie koordiniert Angebote zu Beratung und Prävention, unterstützt Strategien für Demokratie und Vielfalt und vernetzt lokale Akteurinnen und Akteure. Zu den Angeboten zählt beispielsweise eine Mobile Beratung, die unter anderem rechtsextreme Vorfälle dokumentiert und analysiert. Opfer- und Betroffenenberatungen bieten Hilfe bei rechtsextremistisch motivierten oder rassistischen Übergriffen sowohl für direkt Betroffene als auch für die Zeugen von Gewalttaten. Zudem wird in der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung nicht nur Ausstiegs-willigen aus rechtsextremen Gruppierungen geholfen, sondern es gibt auch ein landesweites Netzwerk für Eltern rechtsextrem orientierter Jugendlicher.

<http://www.nrweltoffen.de>

Rheinland-Pfalz

Das Landes-Demokratiezentrum Kompetenznetzwerk „Demokratie leben!“ in Rheinland-Pfalz bekämpft landesweit Extremismus, Rassismus und unterschiedliche Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, darunter Islamismus und Salafismus. Das Zentrum koordiniert die Aufgaben der Mobilen Beratung, der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung sowie der Opfer- und Betroffenenberatung. Es vernetzt zivilgesellschaftliche und staatliche Organisationen und realisiert Projekte, darunter Planspiele oder Schulungen zum Umgang mit rechtspopulistischer Argumentation. Das Beratungsangebot richtet sich an Bürgerinnen und Bürger, Kommunen oder sonstige Institutionen, die von Rechtsextremismus betroffen sind oder sich für Vielfalt und Respekt engagieren wollen.

<https://demokratiezentrum.rlp.de/de/dz-rlp/>

Saarland

Das saarländische Landes-Demokratiezentrum ist angesiedelt im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Es koordiniert und vernetzt staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und fördert den fachlichen Austausch untereinander. Es entwickelt Strategien gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit – inklusive der damit zusammenhängenden Formen von Sexismus, Homosexuellenfeindlichkeit sowie Abwertung von Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligten Gruppen. Zentrale Pfeiler der Tätigkeit sind die Mobile Beratung, die Opfer- und Betroffenenberatung und die Fachstelle Salafismus. Wichtige Themen sind außerdem Cybermobbing und Hassrede im Internet.

<https://www.landesdemokratiezentrum-saarland.de>

Sachsen

Das Landes-Demokratiezentrum Sachsen ist ein Kooperationsverbund staatlicher und nichtstaatlicher Akteurinnen und Akteure, die sich für die Stärkung der Demokratie und gegen extremistische und menschenfeindliche Bewegungen engagieren: darunter auch gewaltbereiter Islamismus und Islamfeindlichkeit. Es vermittelt Fachpersonen und organisiert Veranstaltungen zu Rechtsextremismus, linkem Extremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus sowie Homosexuellen- und Transfeindlichkeit. Dazu kommt ein breites Angebot in der Mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung sowie der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung. Das Landes-Demokratiezentrum Sachsen ist im Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz angesiedelt.

<https://www.sms.sachsen.de/demokratie-zentrum-sachsen-4014.html>

Sachsen-Anhalt

Zu den zentralen Aufgaben des Landes-Demokratiezentrums, das an das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration angebunden ist, gehört die Vernetzung von Projekten zur Demokratieförderung. Es ist aber auch für Maßnahmen gegen politischen Islamismus zuständig. Eine wichtige Rolle spielt zudem die Beratung gegen Rechtsextremismus und andere Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit oder Sozialdarwinismus. Regionale Teams unterstützen bei Bedarf Einzelpersonen und Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, lokalen Bündnissen, Vereinen, Schulen und Initiativen. Außerdem vermitteln sie Wissen und Kompetenzen zu Rechtsextremismus und Demokratieförderung. Eine Opfer- und Betroffenenberatung unterstützt zudem Menschen, die rechts motivierte Gewaltvorfälle erlebt haben.

<https://demokratie.sachsen-anhalt.de/landes-koordinierungsstelle/>

Schleswig-Holstein

Das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein ist beim Landespräventionsrat angebunden. Es bündelt die Ressourcen der Bundes- und Landesprogramme bei der Extremismusprävention und der Demokratieförderung. Schwerpunkt der Arbeit ist das Vorbeugen und Bekämpfen von Rechtsextremismus und religiös motiviertem Extremismus sowie anderen demokratiefeindlichen Phänomenen wie zum Beispiel Islamfeindlichkeit und Homosexuellenfeindlichkeit. Das Landes-Demokratiezentrum koordiniert die Mobile Beratung, die Opfer- und Betroffenenberatung sowie die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung. Ein weiterer Fokus liegt darauf, lokale Maßnahmen für Prävention und Intervention zu bündeln und zu vernetzen und regional verankerte Projekte voranzubringen.

<https://www.landendemokratiezentrum-sh.de>

Thüringen

In Thüringen werden alle Maßnahmen, Strukturen und Projekte für Demokratie und gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gebündelt. Das Landes-Demokratiezentrum ist im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport angesiedelt und koordiniert das Programm. Zentrales Element sind lokale Partnerschaften für Demokratie sowie die Mobile Beratung, die Opfer- und Betroffenenberatung und die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung. Charakteristisch für Thüringen ist das umfangreiche Fortbildungsprogramm für Polizei und Justiz, Schulen und Kindergärten, Jugendhilfe, Verwaltung und Vereine. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Vernetzung aller Akteurinnen und Akteure und einem engen Austausch mit politischen und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern.

<https://denkbunt-thueringen.de>

Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag bis Donnerstag 9 bis 18 Uhr
Fax: 030 18555-4400

E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de
Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 1BR144

Stand: Juni 2021, 1. Auflage

Gestaltung: Scholz & Friends Berlin

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

Bildnachweise:

Titelbild: „Demokratie leben!“ Cuxhaven; **S. 2:** „Demokratie leben!“ Cuxhaven;
S. 8: „Demokratie leben!“ Cuxhaven; **S. 12:** *empower* – Beratung für Betroffene
rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt; **S. 18:** *Rote Linie* – Pädagogische
Fachstelle Rechtsextremismus; **S. 22:** *demos* – Brandenburgisches Institut
für Gemeinwesenberatung Demokratie und Integration Brandenburg e.V.;
S. 24: Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein; **S. 29:** Landesdemokratie-
zentrum Schleswig-Holstein; **S. 30:** „Demokratie leben!“ Falkensee;
S. 37: „Demokratie leben!“ Falkensee; **S. 38:** „Demokratie leben!“ Cuxhaven

- Engagement
- Familie
- Ältere Menschen
- Gleichstellung
- Kinder und Jugend